



Personalverfolger am Pranger: Wie so genannte „Personalbetreuer“ Mitarbeiterjagd betreiben

Frage: Was ist besser, als Abfindungsvereinbarungen?

Antwort: Mitarbeiter ohne Abfindung los werden.

Das scheint das neue Motto im Personalbüro zu sein. Disziplargespräche, Abmahnungen und Kündigungen haben zur Zeit Hochkonjunktur. Man könnte glauben, die Personaler und Führungskräfte bekämen Prämien dafür. Und es spielt für sie wohl auch keine so große Rolle mehr, ob gesetzliche Schutzrechte der Kollegen und gültige Betriebsvereinbarungen respektiert werden.

PAC-Personalbetreuer Ulrich bläst zur Krankenjagd

Um „Mitarbeiter kennen zu lernen“ taucht Herr Ulrich auch schon mal direkt am Arbeitsplatz auf. So auch bei einem Kollegen in der Schweißerei. In Begleitung der PAC-Gesundheitsmanagerin und des Meisters holte er ihn direkt am Arbeitsplatz ab, um ihn vor Ort zu seinen krankheitsbedingten Fehlzeiten zu „verhören“. Schließlich unterstellte er dem Kollegen sogar Drogenkonsum und forderte ihn zu weitgehenden medizinischen Untersuchungen beim Werkssarzt auf. Darüber hinaus wollte der Personaler gleich auch noch die schriftliche Zustimmung des Kollegen, die ärztliche Schweigepflicht aufzuheben. Als dieser dann erklärte, dass er grundsätzlich nichts dagegen habe, sich aber zuvor beim Betriebsrat informieren wolle, warf ihm Herr Ulrich mangelnde Kooperation vor. Die Frage, warum der Bereichsbetriebsrat nicht gleich auch zu diesem Gespräch eingeladen wurde, beantwortete Herr Ulrich: „Dessen Anwesenheit ist hier nicht zwingend erforderlich.“

Erpressung mit Abmahnung

Dass der Kollege an seinem Arbeitsplatz -während der Laufzeit seiner Maschine- private Schulunterlagen studiert hat, kam Herrn Ulrich sehr gelegen: „Dies gibt jetzt eine Abmahnung. Oder wollen Sie doch noch

unterschreiben?“ Spätestens jetzt wird deutlich, dass es Herrn Ulrich nicht um „die Fürsorgepflicht des Unternehmens“ geht, sondern um Abstrafung und Disziplinierung.

Als Erstes müsste aber Herr Ulrich eine Abmahnung bekommen. In einer Betriebsvereinbarung ist ganz klar geregelt, dass er den Betriebsrat **rechtzeitig vor** solchen Krankenrückkehrgesprächen informieren muss. Daran hat sich Herr Ulrich eindeutig nicht gehalten, aber scheinbar können Personalbetreuer ungestraft gegen geltendes Recht verstoßen.

Freischicht für Krankheit

Ein anderer Kollege musste sich einer Nasenoperation unterziehen und wurde deshalb für 2 Wochen krank geschrieben. Herr Ulrich forderte den Kollegen unverblümt auf, stattdessen Freischicht zu nehmen. Schließlich sei man ihm letztes Jahr ja auch mit seinen 6 Wochen Urlaub entgegen gekommen. Die Drohung mit „Konsequenzen im Umgang miteinander“ nachdem sich der Kollege nicht auf die Freischichtnahme einließ, ist eine absolute Ungeheuerlichkeit.

Abmahnung für Personaler?

Der Betriebsrat hat das Fehlverhalten von Herrn Ulrich beim Personal-

chef Mauser reklamiert und Konsequenzen eingefordert. Aber... Fehlzeige! Personaljäger gehören wohl zu einer besonders geschützten Gattung. Wie ernst muss man eigentlich eine Personalabteilung nehmen, die sich selbst nicht an getroffene Vereinbarungen hält?

Zwangsweise Rente?

Auch im Gießereiteam der Personalabteilung gibt es Personaljäger: Einen Tag nach ihrem 40. Jubiläum wurde eine Kollegin zu Frau Letzelter beordert. Ihr Gesundheitszustand hatte durch die 40 Jahre Daimler-Maloche ziemlich gelitten. Fehlzeiten waren die Folge und das ruft ja bekanntermaßen die Krankenjäger auf den Plan. Ihr Gießereiteamleiter Herr Streicher meinte, sie solle doch fair gegenüber der Firma sein und endlich (trotz Rentenabschlägen) zum erstmöglichen Termin in Rente gehen. Kein einziger Vorgesetzter hat ihr zum 40. Jubiläum gratuliert, aber sie soll doch endlich fair sein? Wie fürsorglich es die Personalabteilung meinte, kam dann auch prompt zum Ausdruck. „Wenn Sie nicht in Rente gehen, müssen wir Ihnen leider krankheitsbedingt kündigen.“ Ein solches Vorgehen halten wir für in höchstem Maße unanständig. Wer bremst endlich diese Personaljäger?



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Seit Wochen fragen uns die Kollegen immer wieder, wo wir denn jetzt als Bereichsbetriebsräte zuständig sind. In der letzten BR-Sitzung war es endlich soweit. Die Bereichsaufteilung sollte beschlossen werden. Wer jetzt aber glaubt, dass dabei in demokratischer Art und Weise und entsprechend den Fähigkeiten und Kompetenzen entschieden wurde, der irrt leider gewaltig.

Mit der üblichen Machtarroganz der Mehrheit und ohne jegliche Diskussion stimmte die Scheibenwischerfraktion ihren Vorschlag durch. Neun der zehn **alternative**-Betriebsräte sollen in Mettingen bleiben. Und dies auch noch unter Missachtung der gesetzlichen Vorschriften. Das Gesetz sieht nämlich vor, dass alle Fraktionen entsprechend ihrer Größe in allen Centern vertreten sind. Minderheitenschutz nennt man das. Aber solche Begriffe sind der Lense-Mehrheit natürlich völlig fremd.

Ein Hinweis von unserer Seite dies-

bezüglich wurde abgeschmettert. So bleibt uns für die Klärung nur die Hilfe eines Rechtsbeistands.

Die Konzentrierung der **alternative** Betriebsräte in Mettingen macht natürlich auch deutlich, dass die IGM-Fraktion nicht im geringsten bereit ist, eine vernünftige Zusammenarbeit im Betriebsrat anzustreben.

Haben H. Lense & Co vielleicht Angst vor einer Verbreiterung der **alternative** in anderen Werkteilen? Warum eigentlich? Angeblich fehlt es **alternative**-Betriebsräten doch an Kompetenz und sachlicher Arbeitsweise. Angeblich sind wir doch nicht ernst zu nehmende „politische Abenteurer“.

Nicht genug damit, dass unsere konstruktiven Vorschläge für eine gleichmäßige Aufteilung der Betriebsratsarbeit nicht zum tragen kamen: Die Scheibenwischerfraktion wollte auch noch unseren Kollegen Thomas Adler aus der Bereichsbetreuung der Leichtmetallgießerei heraus beschließen. Und dies nach über 15 Jahren Zu-

ständigkeit in diesem Bereich. Doch die Gießler haben dies mit einer eindrucksvollen Unterschriftenaktion zu verhindern gewusst. Dafür vielen Dank. Auch die Gießler wissen, dass Einigkeit stark macht. Entscheidend ist halt: Einigkeit für wen und für was. Zuletzt haben Lense & Co Thomas Adler dann doch noch als Centerverantwortlichen des Centers PGS demontiert. Wir werden natürlich mit „Adleraugen“ darauf achten, wie zukünftig Harald Weis diese Aufgabe bewältigen wird.

Trotzdem die IGM Fraktion zu keiner Zusammenarbeit im Gremium bereit ist, wünschen wir allen Betriebsräten mit den Kollegen in den Bereichen eine faire und sachliche Arbeit vor Ort. Sowie für die Zukunft einen erfolgreichen Widerstand in Sachfragen gegen unseren wahren Gegner.

Thomas Adler, Reiner Böhmerle, Martin Bott, Hans-Jürgen Butzler, Michael Clauss, Mate Dosen, André Halfenberg, Witold Müller, Fritz Patig, Serkan Senol

Durch die Hintertür in den Dienstleistertarif?

Falsches Spiel mit Logistikern in der Produktion!

Seit kurzem verdichten sich die Informationen: die Logistiker aus den Produktionscentern (wie z.B. Staplerfahrer) sollen künftig wieder dem Dienstleistungs-Center LOG zugeordnet werden.

Noch gar nicht lang her, da wurden dieselben Logistik-Tätigkeiten aus der Abteilung LOG erst in die Produktions-Center *hineinverlagert*. Hintergrund war das Rationalisierungsprojekt „LOG/LOS“ der LOG-Center-Leitung. Effektiver, rationeller sei das, hiess es damals. Da war durchaus was dran.

Ausgerechnet jetzt, wo die Sparkommissare überall den Ton angeben sollen diese Argumente plötzlich keine Rolle mehr spielen.

Wer da nicht misstrauisch wird...

Die Verlagerung der Produktions-Logistiker ins Dienstleistungs-Center LOG muss also das ganze noch billiger machen als vorher. Und seit der „Zukunftssicherungsvereinbarung“ klappt das ja auch reibungsloser denn je für die Firma. Die Dienstleister werden erpresserisch vor die Alternative gestellt: entweder den Dienstleistungstarifvertrag akzeptieren und länger arbeiten für weniger Geld. Wenn

nicht, droht Fremdvergabe.

Die KollegInnen aus den LOG-Bereichen hatten sich vor genau einem Jahr massiv gegen den Dienstleister-Dumping-Tarif gewehrt. Seither war er in der Versenkung verschwunden.

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Würden die Produktions-Logistiker jetzt ins Dienstleistungscenter LOG verschoben, hofft die Firma 2 Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:

1. Solange die Produktionslogistiker zu Produktionscentern wie z.B. PAC gehören, sind sie vor dem Dienstleister-Dumping-Tarif sicher – deshalb sollen sie dort raus und zu „Dienstleistern“ gemacht werden.

2. Sind sie erst mal im DLZ Logistik, kann der Dienstleistertarif wieder aus der Versenkung geholt und einer neuer Erpressungs-Angriff gestartet werden. Motto: „seid ihr nicht willig, gebrauch ich Gewalt!“ würde dann noch mal rund 250 Logistikern mehr mit der Fremdvergabe-Keule gedroht.

Gegenwehr jetzt – Betriebsrat, pack's an!

Der Betriebsrat muss an dieser Stelle klar Position beziehen:

Gegen die Versetzung der Logistikerarbeiten aus dem Produktionscenter ins Dienstleistungcenter LOG! Gegen Logistik-Fremdvergaben jeder Art!

Wir kennen die bekannten faulen Ausreden, warum man als Betriebsrat nichts machen könne: es seien immer nur Einzelne betroffen. Das gilt hier aber weniger denn je!

Es gibt keinen Grund, zuzuschauen und auf gemeinsamen Widerstand gegen Fremdvergabe zu verzichten!

Packen wir's an – alle im Betriebsrat vertretenen Gruppen gemeinsam, gegen Billigtarif und Fremdvergabe!!



Wer soll die Strafe nun bezahlen, Herr Zetsche?? Skandal um Schmiergeldzahlungen bei Daimler

Angeblich soll der Stuttgarter Konzern 501 Millionen Euro wegen Bestechungszahlungen entrichten

Im Zusammenhang mit Ermittlungen der US- Börsenaufsicht SEC und des US-Justizministeriums wegen Bestechungszahlungen droht DaimlerChrysler nach Informationen des Nachrichtenmagazins "Spiegel" eine hohe Strafe. Es werde derzeit über einen Vergleichsvorschlag diskutiert, der eine Zahlung von 640 Millionen Dollar (501 Mio Euro) vorsehe, schreibt der "Spiegel" unter Berufung auf Kreise des Autokonzerns. Ein DaimlerChrysler-Sprecher sagte dazu am Samstag, über die bereits im Geschäftsbericht veröffentlichten Informationen zu den Untersuchungen hinaus gebe man keinen Kommentar.

Das US-Justizministerium ermittelt seit 2004 gegen DaimlerChrysler, weil Manager angeblich in mehr als einem Dutzend Länder Schmiergel-

der gezahlt haben sollen. Das Unternehmen hatte dazu erklärt, dass man den US-Behörden auf freiwilliger Basis Informationen zur Verfügung gestellt habe. Man habe festgestellt, dass primär in Afrika, Asien und Osteuropa unsachgemäße Zahlungen erfolgt seien, heißt es im Geschäftsbericht 2005.

In verschiedenen Ländern habe man freiwillig nachträglich Steuerverbindlichkeiten geregelt. Durch die dadurch nötig gewordene Korrektur von Geschäftsabschlüssen habe sich das Konzernergebnis 2005 um 64 Millionen Euro vermindert. Man habe Maßnahmen ergriffen, dass solch unsachgemäßes Verhalten nicht wieder auftrete, heißt es weiter. Im Zusammenhang mit den Vorwürfen aus den USA hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart im März ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet.

Doch zu viel Personal abgebaut, Herr Zetsche?

Handelsblatt Nr. 093 vom 15.05.06, Seite 14

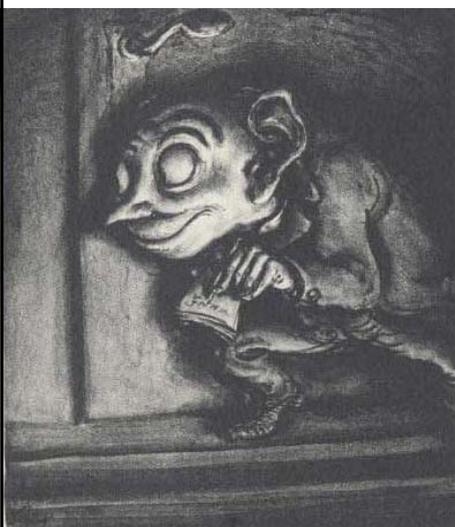
Mercedes muss zusätzlich 1.000 Ferienkräfte einstellen

Dem bisher unter Personalüberhängen leidenden Autohersteller DaimlerChrysler fehlen nach dem jüngsten Stellenabbau nun 1.000 Arbeitskräfte, um die Nachfrage nach dem neuen E-Klasse-Modell befriedigen zu können. Betriebsratschef Erich Klemm sagte, die Produktion im Werk Sindelfingen müsse um 13.000 Stück bis Ende Oktober erhöht werden. Die Arbeitszeit werde um eine Stunde pro Tag erhöht. Dennoch fehlten rund 1.000 Arbeitskräfte, da die Urlaubszeit beginne.

Reuters 15. Mai 2006

B10-Aktion gegen Erpresswerk 2004

Verfahren gegen alternative- Kollegen eingestellt



Ende April wurde das Strafverfahren gegen Thomas Adler, Michael Clauss und Markus Messing eingestellt. Die Ermittlungsakte ergab allerdings im Nachhinein Erschreckendes: Nicht etwa Führungskräfte der Firma haben die Namen der alternative- Kollegen an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

Im Gegenteil: Helmut Hartmann, der damalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall Esslingen war der Denunziant. Wie untenstehender Aktenauszug beweist, schreckte er nicht davor zurück, die Kollegen, statt sie zu schützen, direkt auszuliefern. Pfui Teufel !!

Auf die konkrete Frage hin, ob er außer dem Betriebsrat Adler weitere Verantwortliche für diese Aktion nennen können, gab er die Namen Messing und Clauss preis.

Im Übrigen teilte Herr Hartmann mit, dass sich der beschuldigte Thomas Adler mit der Bitte um Rechtsbeistand an die IG Metall Esslingen gewandt habe. Herr Hartmann äußerte im Telefonat sinngemäß, dass aus der Tatsache heraus, dass die Aktion von der IG Metall nicht mit getragen worden sei, eigentlich die Stellung eines Rechtsbeistandes für Herrn Adler abzulehnen sei.

Die damalige ablehnende Position der Verantwortlichen der Gewerkschaft mit Blick auf die „spontane“ Aktion auf der Bundesstraße 10 war damals als eindeutig zu bezeichnen. Im späteren umfangreichen Schriftverkehr der IG Metall hat sich diese Haltung eigentlich fortgesetzt.

Immer weitere Leistungsverdichtung in der PAC/IS

Wie weit soll es noch gehen? Wie lange können die Kollegen dem Druck der Leistungsverdichtung standhalten? Es muss Schluss sein mit den überzogenen Abbauzielen.

Nehmen wir ein Beispiel einer Kostenstelle aus der PAC/IS. Ein Kollege hat einen Auflösungsvertrag unterschrieben, ein weiterer Kollege hat die Altersteilzeitruhephase vor sich und ein 3. Kollege wird im Zuge des MFP in eine andere Kostenstelle versetzt. Wer nun gedacht hat, dass die „Abgänge“ durch neue Kollegen ersetzt werden, sieht sich da gewaltig getäuscht. Trotz der deutlichen personellen Unterdeckung wurde nicht ein neuer Kollege eingestellt. Auch wurde trotz der positiven Erfahrungen während des Werkseinsatzes kein Azubi übernommen. Die schickt man ja viel lieber wieder in's DC move- Karussell.

Aber dafür wurde eine Controllerin in der PAC/IS eingestellt. Die braucht man wahrscheinlich, um weiterhin Personal aus der Instandhaltung „rauszurechnen“. Wann endlich kehrt die Werkleitung wieder zur Vernunft zurück. Ohne ausreichend Personal in der Instandhaltung werden Störungen eben nicht zügig behoben. Und das kostet allemal viel mehr.



Rolf Trautmann
Vertrauensmann PAC/IS

DaimlerChrysler befreit sich von Steuern

Stellenabbau und Smart-Sanierung gehen auf Kosten des deutschen Fiskus. Firmen melden Gewinne lieber im Ausland

BERLIN taz Sechs Milliarden Euro Gewinn aus dem normalen Geschäftsbetrieb will DaimlerChrysler in diesem Jahr nach eigenen Angaben einfahren - und zahlt trotzdem daheim in Schwaben offenbar keine Steuern. Das meldeten gestern die *Stuttgarter Nachrichten*. Aus "sicheren Quellen" habe die Zeitung erfahren, dass Stuttgart, Sindelfingen und Esslingen in diesem Jahr nicht mit Gewerbesteuerzahlungen des Autokonzerns rechnen. Das ist zugleich ein Hinweis darauf, dass auch der Bund bei der Körperschaftsteuer leer ausgehen dürfte. Doch mit Verweis auf das Steuergeheimnis wollen die betroffenen Stadtverwaltungen dazu genauso wenig Angaben machen wie die Konzernpressestelle selbst. Fest steht aber, dass das Unternehmen eine eher unruhliche Steuerzahlungsgeschichte hat. Nach der Übernahme von Chrysler durch Daimler 1998 kündigte der damalige Vorstandschef Jürgen Schrepp an, der Finanzminister werde von seinem Konzern auf ab-

sehbare Zeit keinen Pfennig Steuern mehr erhalten. Denn die Kosten für die teure Übernahme des angeschlagenen US-Autobauers ließen sich zu Hause absetzen. Erst 2003 zahlte der Konzern einer Ankündigung Schrepps zufolge an seinen deutschen Standorten wieder Gewerbesteuer.

Damit war es schon im vergangenen Jahr wieder vorbei. Die Verkündung hoher operativer Gewinne sagt nichts darüber aus, wo diese Gewinne ausgewiesen und versteuert werden. So verzeichnet DaimlerChrysler derzeit in den USA zwar ein deutliches Plus. Doch die deutsche Mercedes-Gruppe machte 2005 rund eine halbe Milliarde Euro Miese, und dieses Jahr wird nicht viel besser ausfallen: Der Abbau von 14.500 Stellen bis 2008 geht mit hohen Abfindungszahlungen einher. Die Sanierung der Kleinwagensparte Smart ist kostspielig. Und auch das Aus für den viertürigen Smart Forfour schlägt auf die Bilanz. Den Stellenabbau finanziert der deutsche Fiskus also gewissermaßen mit. So kann es durchaus sein, dass trotz hoher operativer Gewinne im weltweiten

Geschäft in der deutschen Bilanz kein zu versteuernder Gewinn auftaucht.

"Wie die Unternehmen das im Einzelnen machen, lässt sich in den Bilanzen nicht erkennen", klagt der Steuerexperte Lorenz Jarass von der Fachhochschule Wiesbaden. Forschung darüber werde nicht gefördert. Generell ist jedoch der Trend zu beobachten, dass Konzerne ihre Gewinne im Ausland anfallen lassen - möglichst da, wo die Steuersätze niedriger sind als hierzulande.

"Unser Steuersystem ist löchrig wie ein Schweizer Käse", kommentiert der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek. "International operierende Großkonzerne können ihre Bilanzen mit Hilfe von konzerninterner Verrechnung so gestalten, dass sie trotz Gewinnen kaum Steuern im Inland zahlen müssen." Eine Unternehmenssteuerreform mit niedrigeren Steuersätzen werde daran nichts ändern. Viele Länder werden auch weiterhin die deutschen Tarife unterbieten. Missbrauch verhindern könnten dagegen mehr und strengere Steuerprüfungen, so Ondracek.

taz Nr. 7968 vom 11.5.2006, Seite 8, 101 TAZ-Bericht NICOLA LIEBERT

Daimler Museum eröffnet

Nicht nur das größte, sondern auch mit 150 Mio. das teuerste Automuseum der Welt. Und das zu einer Zeit von Core-Sparwut und Arbeitsplatzvernichtung.

700 hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft wurden zur Eröffnung geladen. Auch die BR-Vorsitzenden Lense und Niese wurden als VIP-Gäste zur Gala gebeten. Damit sie auch ungestört feiern konnten, hat die Unternehmensleitung vorsorglich ein Großaufgebot der Polizei angefor-



dert. **Alternative**-Kollegen, die mit Plakaten und Transparenten ihre Unmut über die aktuelle Konzernpolitik zum Ausdruck brachten, durften das Museumsgelände erst gar nicht betreten. Selbstverständlich soll ein Unternehmen, das wie Daimler Industriegeschichte geschrieben hat, dies auch in einem Museum öffentlich zur Schau stellen. Aber sind dabei etwa nur die verschiedenen Automodelle wichtig? Hat die über 100-jährige Firmengeschichte nicht auch etwas mit Generationen von abhängig Beschäftigten, deren Arbeit und auch Arbeitskämpfen zu tun?

